

Adresspendent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erschließungstage Mittwoch und Sonnabend • Schrifteleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

69. Jahrgang

Berlin, den 16. Dezember 1931

Nummer 100

Zur Situation!

Am 17. Dezember finden auf Veranlassung des Reichsarbeitsministeriums Verhandlungen über die Lohngestaltung im Buchdruckgewerbe unter Bezugnahme auf die Bestimmungen der vierten Notverordnung der Reichsregierung statt. Diese Information ging uns leider erst nach Druck der vorigen Nummer zu, konnte also nicht früher als jetzt zur Kenntnis unserer Leser gebracht werden. Für den gegenwärtigen Zustand auf tariflichem Gebiet im Buchdruckgewerbe, wonach seit Ablauf des Lohnsolls am 30. November d. J. kein neuer Lohnsoll zustande gekommen ist, somit ein tarifloses Verhältnis auf dem Lohngebiete besteht, ist dies jedoch nicht von besonderer Bedeutung. Denn nach wie vor beruhen auch für die laufende Woche die bisherigen Löhne auf den allgemeinen arbeitsrechtlichen Grundlagen des Einzelarbeitsvertrages.

Diese Rechtslage hätte nun sogar zur Folge, daß nach § 1 der arbeitsrechtlichen Vorschriften der in voriger Nummer des „Korr.“ ausführlich beleuchteten Notverordnung diese selbst für das Buchdruckgewerbe nicht anwendbar wäre. Das wird aber leider dadurch beschränkt, daß das amtliche Verfahren bezüglich der von Unternehmerseite beantragten Verbindlichkeitsklärung noch nicht rechts- und endgültig abgeschlossen ist. Dieser Umstand sowie die in der neuen Notverordnung (§ 3, Ziffer 1) bis zum 19. Dezember d. J. befristete Verpflichtung der Tarifparteien zur Festlegung eines schriftlichen Nachtrags zum Tarifvertrag über die nach § 2 der Notverordnung ab 1. Januar 1932 geltenden Lohnsätze müssen als „gesetzliche“ Grundlage für die Verhandlungen am 17. Dezember beurteilt werden.

Ob es unter solchen Verhältnissen möglich sein wird, die Schiedspruchangelegenheit auf dem Wege freier Vereinbarung der Tarifparteien noch zu erledigen, ob ferner bezüglich des materiellen Inhalts der Notverordnung die Entscheidung für die Tarif- und Lohngestaltung nach dem 1. Januar 1932 dem nach § 3 Ziffer 2 der Notverordnung vorgesehenen Schlichter überlassen bleiben muß, steht noch dahin. Es ist dabei zu beachten, daß die ganzen gegenwärtigen Rechtsverhältnisse auf sehr zweifelhaftem Boden und nicht nur theoretisch im Schatten des Artikels 48 der Reichsverfassung stehen. Daß dies insbesondere nach der Seite des Arbeits- und Tarifrechts zur Geltung kommt, beweist der diesbezügliche Inhalt der Notverordnung. Infolgedessen ist damit zu rechnen, daß, wenn am 17. Dezember keine freie Vereinbarung der Tarifparteien über eine Verlängerung des am 30. November abgelaufenen Lohnsolls für das Buchdruckgewerbe zustande kommen sollte und vom Reichsarbeitsministerium die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs vom 28. XI., wie zu erwarten, abgelehnt wird, die „Sicherung“ des Inhalts der Notverordnung auch für die Unternehmer in unserm Gewerbe doch nicht endgültig ausgeschlossen ist. Denn dann besteht immer noch die rechtliche Möglichkeit, und die „Zeitschrift“ hat das auch in ihrer Nr. 99 vom 11. Dezember schon angekündigt, daß die Unternehmer noch einmal das im Manteltarif begründete tarifliche Zentral-schlichtungsamt zur Schaffung eines neuen Lohnsolls vom 1. Januar ab anrufen können. Der ganze § 2 des sechsten Teiles der Notverordnung bezieht sich ausnahmslos auf tarifvertragliche Regelungen. Denn wo Arbeiter ohne Tarifvertrag arbeiten, also nur einzelvertragliche Regelungen haben, verbleibt es hierbei nach der Notverordnung mit der Maßgabe, daß die allgemeinen arbeitsvertraglichen Bestimmungen für eine etwaige Lohnänderung in Frage kommen. Es kann also der Unternehmer die Lohnsenkung durch Angebot neuer Arbeitsbedingungen durchzuführen versuchen.

Die Arbeiter können sich durch Arbeitskampf je nach den Anweisungen ihrer Gewerkschaften dagegen wehren. Der Schlichtungsausschuß bzw. der Schlichter kann aber im normalen Schlichtungsverfahren angerufen werden, oder die Schlichtungsinstanzen können von Amts wegen eingreifen.

Unter solchen Umständen müssen die Verhandlungen am 17. Dezember zunächst als eine Vermittlungsaktion des Reichsarbeitsministeriums zum rechtsgültigen Abschluß eines noch schwebenden Schlichtungsverfahrens beurteilt werden. Führt diese letzte Vermittlungsaktion zu keiner Verständigung im Sinne einer Verlängerung des alten Lohnsolls, so ist, wie schon erläutert, wahrscheinlich mit einer neuen Zuanpruchnahme des Zentral-schlichtungsamtes von Unternehmerseite zwecks Schaffung einer neuen Lohnvereinbarung unter Anwendung der Grundzüge der vierten Notverordnung zu rechnen. In diesem Fall käme das abgekürzte Schlichterverfahren, das in der Notverordnung vorgesehen ist, nicht zur Anwendung; es müßte vielmehr das Schlichtungsverfahren in bisheriger Form zur Abwicklung gelangen. Daß unsere Vertreter alles aufbieten werden, um angeht dieser Situation für die gesamte Kollegenchaft zu erreichen, was nur irgendwie möglich ist, bedarf für gerecht und kollegial denkende Verbandsmitglieder wohl keiner besonderen Erörterung oder Unterstreichung. Über das Ergebnis der Verhandlungen am 17. Dezember wird in nächster Nummer berichtet werden.

*

Mit vorstehender Darlegung des gegenwärtigen Sachverhalts auf dem Lohngebiete im Buchdruckgewerbe glauben wir soweit wie möglich unbedingten Notwendigkeiten Rechnung getragen zu haben. Auf weitere Einzelheiten konnten und wollten wir im Hinblick darauf, daß von irgendeiner Aussicht auf eine vernünftige und gerechtere Berücksichtigung der lebensnotwendigsten Interessen der Arbeiterchaft im Rahmen der vierten Notverordnungs-situationen kaum noch ernstlich gesprochen werden kann, nicht mehr eingehen. Denn obwohl wir die grundsätzliche Bedeutung der in dieser Notverordnung ebenfalls entfalteten tiefen Eingriffe der deutschen Staatsgewalt in das privatkapitalistische Wirtschaftssystem keineswegs unterschätzen, sehen wir doch auch in dieser Richtung nur den gleich verhängnisvollen Versuch, die widerstandsfähigsten Kreise nach Möglichkeit zu schonen, dafür aber alle noch produktiv tätigen Kräfte um so stärker zu belasten. Aus diesem Grunde haben wir schon in voriger Nummer in dem kurzen Schlusswort über Inhalt, Umfang und amtliche Begründung der Notverordnung es als das Traurigste und Unverständlichste bezeichnet, daß darin nicht die geringste Spur einer Verkürzung der Arbeitszeit zur direkten Bekämpfung des millionenfachen Arbeitslosenends enthalten ist. Die im Rahmen dieser rücksichtslosen staatspolitischen Eingriffe in das gesamte Wirtschaftsleben nur zwischen den Zeilen ihrer amtlichen Begründung versteckte Absicht, durch Senkung der Gestehungskosten der Wirtschaft Raum für eine sogenannte Ankurbelung der Wirtschaft zu geben, wird nur eine sehr gefährliche Illusion bleiben. Die ganze Prozedur wird sich in absehbarer Zeit als völlig wirkungslos herausstellen und höchstens dazu beitragen, daß das heutige Elend so bleibt und sich nicht noch mehr verschlimmert. Das wäre noch der günstigste Fall, aber leider nach den Erfahrungen mit allen bisherigen Notverordnungen kaum noch zu erwarten.

Nach wie vor werden also das deutsche Volk und seine Wirtschaft in der Hauptsache auf ihre eignen Kräfte angewiesen sein, um sich aus dem gegenwärtigen Sumpf politischer und wirtschaftlicher Zer-

rüttung wieder herauszuarbeiten. Aber dieses Herausarbeiten aus dem Morast verfehter privatkapitalistischer Spekulationen kann und wird keinen Erfolg haben, wenn es so weitergeht wie bisher. Zwar enthält die Notverordnung wesentliche Reime staatspolitischer Wirtschaftsbefeherrschung mit starken Anzeichen staatskapitalistischer Tendenzen; aber ihr größter Fehler und ihre größte Schwäche bestehen darin, daß sie durch die willkürlichen Lohn- und Gehaltsentzügen wiederum nur der Privatwirtschaft zum größten Teil die Mittel sichert, ihre bisherige egoistische Profitwirtschaft mit allen Schattenseiten wirtschafts- und sozialpolitischer Willkür fortzusetzen. Dadurch wird der Zustand, daß es auch heute noch trotz der unfähigsten großen Notlage des größten Teiles des deutschen Volkes viele Millionen Volksgenossen gibt, für die wirkliche wirtschaftliche Not auch ohne jede produktive Arbeitsleistung ein völlig unbefannter Begriff ist, kaum berührt. Demgegenüber fällt es um so schwerer ins Gewicht, daß trotz oder gerade infolge eines außerordentlich hochstehenden und umfangreichen Produktionsapparates über fünf Millionen arbeitsfähiger und arbeitsbereiter deutscher Volksgenossen gegen ihren Willen zur Arbeitslosigkeit verdammt sind und ein hoffnungsloses, freudloses Leben führen müssen.

Das ist der wundeste Punkt der heutigen Kultur und Wirtschaft, um den leider die jegliche Notverordnung in weitem Bogen herumgeht, statt ihn mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen. Wir sind der Ansicht, daß, wenn der durch die jegliche Notverordnung vorgezeichnete Lohn- und Gehaltsentzug bis auf den Stand vom Januar 1927 die zwangsweise Einführung der Vierzigstundenswoche mit den erforderlichen Sicherungen einer gleichwertigen Entlastung des Arbeitsmarktes ohne jeden weiteren Lohn- oder Gehaltsabba u gegenübergestellt worden wäre, trotz aller Belästigungen von einem gewissen Lichtblick gesprochen werden könnte. Wir sind ferner der Ansicht, daß sich dann trotzdem noch eine vernünftige Senkung unberechtigter Preiserhöhungen würde durchsetzen lassen, zumal sich hinter solche vernünftige Notmaßnahmen auch der größte Teil der deutschen Arbeiterchaft stellen und seine ganze politische wie persönliche Kraft für eine vernünftige Durchführung solcher Zwangsmaßnahmen einsetzen könnte. Ohne dieses Korrelat eines gerechten Ausgleichs der Lohn- und Gehaltsentzug wird die jegliche Notverordnung ein verhängnisvoller Torso bleiben. Sie wird die Wirkung eines Gifttrankes haben, der von unberechenbaren politischen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen für das gesamte deutsche Volk sein wird. So nahe liegend und vernünftig es daher auch wäre, zwecks wirksamer Bekämpfung des Arbeitslosenends die in der Notverordnung geforderte Lohnsenkung mit einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung auszugleichen, ist nach der ganzen Tendenz, die diese Notverordnung besetzt, mit einer solchen praktischen Lösung des Problems durch die staatliche „Schlichtung“ leider nicht mehr zu rechnen. Dennoch glauben wir noch in letzter Stunde darauf hinweisen zu müssen, daß, wenn schon in der Frage der Arbeitszeitverkürzung auch infolge der bekannten grundsätzlichen Gegnerschaft auf Unternehmerseite keine des Arbeitsmarkt entlastende Vereinbarung zu erzielen sein wird, wenigstens durch eine vernünftigere Lösung der Lohnfrage aus eigener Entschlußkraft der Tarifparteien eine wesentliche Abschwächung der durch die Notverordnung heraufbeschworenen Gefahren für das gesamte deutsche Wirtschaft, damit aber auch für das Buchdruckgewerbe keine absolute Unmöglichkeit sein sollte. Möge in dieser Richtung der 17. Dezember noch im letzten Augenblick eine Wendung für das deutsche Buchdruckgewerbe ergeben, die besserer wirtschafts- und tarifpolitischer Einsicht entspricht, als sie leider in der vierten Notverordnung der Reichsregierung zum Ausdruck gekommen ist.

Gewerkschaftliche Aufgaben gegenüber der Wirtschaftskrise

Schon seit langer Zeit verfolgt man ängstlich und fast ratlos die äusserst kritische Zuspitzung der Wirtschaftskrise. Die natürlichen Ursachen für eine Wirtschaftskrise dürfen unter normalen Verhältnissen eigentlich nur in einer Überfüllung des Konsums oder in der Bedürfnislosigkeit der Menschen zu suchen sein. Wir wissen aber aus eigener Erfahrung und verspüren es tagtäglich an unserm eignen Leibe, daß der Bedarf noch nicht im entferntesten gedeckt ist. Wer könnte nicht Wäsche, Kleidungsstücke und Schuhe gebrauchen? Wer möchte sich nicht einen Photoapparat, einen Radioapparat oder gar ein Motorrad zulegen? Wessen Haushalt ist vollständig? Wessen Kinder haben keine Wünsche mehr? Welcher Arbeiter würde nicht noch gern eine oder mehrere Zeitungen oder Zeitschriften halten? Wer wäre nicht bereit, seine Bibliothek zu ergänzen? Unter Berücksichtigung dieser Tatsachen werden wir auch begreifen, daß es gerade bei den von jeder Verdienstmöglichkeit ausgefallenen Arbeitern ganz besonders tröstlos aussehen wird. Wie muß es erst in den, von unsrer herrlichen Zivilisation noch weniger betroffenen Erdteilen aussehen? Ich erinnere bei dieser Gelegenheit nur an die äußerst primitive und menschenunwürdige Lebensweise der amerikanischen Baumwollpflücker oder der chinesischen und indischen Arbeiter. Tatsächlich ist also noch ein überaus großer Bedarf an allen möglichen und unmöglichen Dingen vorhanden. Noch drückender wird uns dieser Zustand, wenn wir hören, daß in Deutschland etwa 550 000 bis 600 000 Wohnungen fehlen. Auf der Kundgebung vor dem DGB-Kongress teilte der Gewerkschaftssekretär Bernhardt mit, daß noch 200 000 Wohnungen, 100 öffentliche Bauten stillgelegt worden sind. Darunter sind 18 Schulbauten, 14 Krankenhausbauten, 47 Brückenbauten, 20 größere Straßenbauten, Kraftwerksbauten und andre wirtschaftlich wertvolle Objekte. Ferner kommen dazu 66 größere Privatbauten, 41 Wohnsiedlungen und 107 sonstige größere Wohnbaugruppen. Dabei haben allein 300 000 Mitglieder der Bauarbeitergewerkschaften seit mehr als einem Jahr keine Arbeit. Nicht vergessen dürfen wir außerdem die Stilllegung der Arbeiter der Reichsbahn und des Straßenbaus. Auf der andern Seite stehen allein in Deutschland über 5 Millionen Menschen, denen es einfach unmöglich ist, sich produktiv zu betätigen. Auch Tausende von wunderbaren Maschinen stehen still und bilden auf diese Art einen vollkommen unnötigen kostspieligen Ballast am Wirtschaftskörper. Eine weitere Anzahl hochentwickelter leistungsfähiger Maschinen werden einfach nicht zur Ausnutzung gebracht, weil man in ihnen keine Möglichkeit mehr sieht, den Profit zu steigern. Ihre patentierten Zeichnungen und Konstruktionspläne werden aufgekauft und bleiben in verstaubten Aktenschränken liegen. So gibt es z. B. eine Gashirne, die nicht durchbrennt; das Patent ist aufgekauft, wird aber nicht verwendet. Auch Hochgeschwindigkeit kann man auf einen gementartigen Masse verarbeiten, der Zementverband zaht an die Hochdruckwerke eine Entschädigung, damit die Entlastung auf den Halben bleibt. Am stärksten jedoch kommt der ganze Tiefpunkt der heutigen Wirtschaftsordnung zum Ausdruck, wenn man mit dem oben festgestellten die Tatsachen vergleicht, die kürzlich in der „Rheinischen Illustrierten Zeitung“ unter dem Titel „Sinnlosigkeiten unserer Zeit“ (12. September 1931) bildlich dargestellt wurden. So ließ eine englische Klavierfabrik 300 ältere Instrumente verbrennen, nur um einer Überfüllung des Marktes vorzubeugen. Was in früheren Zeiten eine Katastrophe gewesen wäre, nämlich das Abrennen von 250 Hektar (2 500 000 Quadratmeter) Weizen, soll heute der Belegung des Marktes dienen. Ein andres Bild zeigt, wie unter dem Schutz und mit Hilfe der brasilianischen Regierung ungeheure Mengen von Kaffee auf Frachtschiffen verladen und auf hoher See versenkt werden. Außerdem schlug das Kaffeevaluationsinstitut vor, 400 Millionen Kaffeestauden zu verbrennen und Kaffee zu Düngemitteln zu verwenden. Ein Zapsperbot für Kaufkraft und Profitsteuervereinerung auf neue Kaufkraftpflanzen soll ebenfalls ein Sinken der Preise verhindern. Solche edel kapitalistischen Rettungsmittel beziehen sich auch auf die Kapplanzung von Baumwolle und Mais, Weizen, Tee und viele andre Dinge. In Frankreich werden jährlich viele Setzlinge Wein verschüttet und in Griechenland sind von 1909 bis 1913 300 000 Hektar Weinberge ausgerodet worden. Während in Indien und China Tausende von Menschen verhungern müssen, verweert man in Südamerika Mais in Maschinen. Ebenso werden zwecks hoher Preisbildung die zur Bekämpfung von Krankheiten fast unentbehrlichen Dinge, wie Radium und Chinin, nur in geringen Mengen hergestellt. Nicht vergessen darf man außerdem das Stilllegen von 92 Petroleumquellen, von Kupfer, Zinn- und Salpeterwerken. Nur ein ausgeprägter Tyrann kann an diesen Dingen schloß vorübergehen, ohne sich ernstlich die Frage vorzulegen, wie entstehen diese Verhältnisse, und was kann ich dazu beitragen, um sie zu beseitigen? Wir wissen, daß man es für unbillig und unmoralisch, ja sogar für ein Verbrechen hält, wenn in einer Familie Frau und Kinder hungern müssen, während der Vater faul betrinkt. Ist das, was in der Familie recht und billig ist, nicht auch auf einen Staat oder gar auf die ganze Menschheit anzuwenden?

liger Ursachen und Begleiterscheinungen, die uns in diesem Zusammenhang weniger interessieren, liegt der Schwerpunkt in der Tatsache, daß nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Bevölkerung im Besitz von Produktionsmitteln ist, während der weitaus größte Teil sich aus Menschen rekrutiert, die nur über ihre Arbeitskraft verfügen. Das wichtigste dieser Produktionsmittel ist der Grund und Boden, der gewissermaßen den Schlüssel zu Reichtum und Wohlstand darstellt. Durch die allgemeine Bodensperre ist es der Landbevölkerung nicht mehr möglich, sich auf dem Land anständig zu machen, sie findet infolgedessen dort keine Verdienstmöglichkeiten, und somit ist sie gezwungen, nach der Stadt abzuwandern. Nach statistischen Feststellungen werden jährlich etwa 300 000 Menschen landflüchtig und durch diese wird die Industriearbeitsarmee ständig vergrößert. Das Vorhandensein der Industriearbeitsarmee gibt dem Unternehmer die Möglichkeit, den Lohnarbeiter auszubeuten, ihm einen Teil der ihm produzierten Werte vorzuenthalten. Karl Marx nennt diesen zurückgehaltenen Teil des Arbeitsertrages „Mehrwert“. Der Mehrwert stellt den Profit des Arbeitgebers dar. Dieser Zustand führt zur Anhäufung von Profit auf der einen Seite und zur Verminderung der Kaufkraft auf der andern Seite. Die durch die sinkende Kaufkraft verminderte Abgabemöglichkeit wird jedoch noch erhöht durch politische Eingriffe der einzelnen Länder, wie z. B. Schutzzölle und nationalisierter Warenbesitz, wie er in fast allen Ländern der Erde festzustellen ist. Der aufgepeitschte Profit gibt dem Unternehmer die Möglichkeit, sein Unternehmen zu vergrößern. Er investiert das neu erstandene Kapital in modernen Maschinen und Fabriken. Diese modernen Maschinen, eingerichtet auf Höchstleistung, in Verbindung mit einer wissenschaftlichen Betriebsweise, kurz gesagt die Rationalisierung, die das letzte aus dem Menschen herausholt, setzt wiederum viele Arbeiter frei. Eine Überproduktion setzt ein und nunmehr folgt in den meisten Fällen ein Absatzmangel, dem unmittelbar auch die Betriebskrise folgt. Der Betrieb wird eingekürzt; ein übergroßer Teil der Produktionsmittel wird jahrelang und mit ihnen natürlich auch das investierte Kapital; Arbeiterentlassungen sind dann die Folge von einer solch wahnwitzigen Profitwirtschaft, die Kaufkraft und somit die Abgabemöglichkeit wird erneut geschwächt und der Zustand, wie wir ihn heute erleben, ist da.

Zu den landflüchtigen Bauern, Bauernindern und Landarbeitern gesellen sich die Millionen durch die falsche und übertriebene Rationalisierung freigesetzten Industriearbeiter. Nicht vergessen darf man, daß auch der Konkurrenzkampf den Ansporn zur Betriebsvergrößerung und Rationalisierung darstellt, der ohne Rücksicht auf Abgabemöglichkeit und volkswirtschaftliche Folgen von Profitgier dirigiert wird. Die Überproduktion und Rationalisierung der Betriebe braucht nicht unbedingt Arbeiter freizusetzen, ja sie kann und muß sich sogar zum Wohle eines Volkes auswirken, wenn durch die verbilligte Produktionsmöglichkeit auch zugleich eine entsprechende Verbilligung der Ware eintritt. Dies ist jedoch in einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung nur teilweise der Fall. Durch eine Verbilligung der Ware steigt auch zugleich der Reallohn, die Kaufkraft des Konsumenten steigert sich, die Nachfrage wird erhöht und somit wird zwangsläufig der Ausgleich hergestellt, der die Vorbedingung für ein gesundes Wirtschaftssystem darstellt. Wir alle wissen, welche ungeheuren Formen die Produktionsmöglichkeit heute angenommen hat, und es ist bereits erwähnt, daß eine große Anzahl von praktisch ausprobierten Maschinen zurückgelassen werden, die die bis ins Wärdenhafte gesteigerte Produktionsmöglichkeit noch weit übertreffen könnten. (Schluß folgt.)

Korrespondenzen

r. Berlin. Am 3. Dezember feierten die invaliden „alten Warden“ ihr fünfziges Jahressfest in einfacher und harmloser Weise. Leider konnte der Mitbürger und erste Alterspräsident der „Kunde“, Franz Herrenbrück, sowie sein Amtsnachfolger Richard Stein, daran nicht mehr teilnehmen, da beide im Alter von 89 bzw. 88 Jahren, nach über 60jähriger Verbandsmitgliedschaft, im Laufe des Jahres das Zeitliche gesegnet hatten. Zu dieser Feier hatte man ausnahmsweise wieder die Abendstunden gewählt, statt der sonst üblichen wöchentlichen Tageszusammenkünfte, und nahezu alle waren erschienen, sofern die Last des Alters es noch zuließ oder sie nicht durch Krankheit verhindert waren. Der jetzige 84jährige Alterspräsident Wilhelm Knätschke eröffnete mit kurzen Worten die Feier, worauf der bewährte 79jährige „Sprech- und Finanzminister“ Hermann Creta (genannt „Mariegen“) einen Rückblick auf das vergangene Jahr warf. Wie er dabei des Verbandes und der verstorbenen Brüder gedachte, so wurde dabei auch die überaus schlechte wirtschaftliche und politische Lage kurz gestreift. Nach einem frugalen Mahl trat dann die „Fidelitas“ in ihre Rechte. Die „Prominenten“ unter den Alten („Strich-Kraupe“, „Kluffert“ und „Mag Giffert“) hatten dazu poetische Beiträge geliefert, die in entgegenkommender Weise in zwei Druceieren kostenlos vervielfältigt waren. Eine Anzahl Sängere der „Typographia“ hatte sich in liebenswürdiger Weise zur Verfügung gestellt und es fehlte auch nicht an ernten und heiteren Beiträgen aus dem eignen Kreis. Nebenfalls war es wieder eine Feier, die erneut Zeugnis ablegte von dem Geist echter Kollegialität und Zusammengehörigkeit, wie sie gerade nur in Buchdruckerkreisen zu finden ist. Große Freude taten die schriftlichen Begrüßungen des Bezirksvorstehenden Rante und des Kollegen August Kördner (Geta) hervor, wo sich vor einem Jahr nach dem „Waldenmüller“ eine besondere Invalidenpartei gebildet hatte. Herzlicher Dank sei hiermit allen denen gesagt, die dazu beitragen, den Alten in dieser so überaus ersten Zeit einige

aufheiternde Stunden zu bereiten. Daß eine solche Feier möglich war, ist nächst eigener Sammlung dazu auch dem Opfermünderer tätiger Kollegen zu verdanken, die im Laufe des Jahres der „Wardentasse“ kleinere Beiträge überwiesen hatten. Aber auch der verstorbenen Alterspräsident Herrenbrück — ein Junggeheile ohne weiteren familiären Anhang — hat seinen Wardenbrüdern leghwillig einen Betrag zur weiteren Pflege des Frohsinns und der Kollegialität hinterlassen.

Dresden. Unfre Berjamung vom 11. November, die sehr gut besucht war, hörte einen Vortrag des stellvertretenden Direktors des Arbeitsamtes Dresden, Kollegen Albin Freitag, über „Die Auswirkungen der Notverordnungen auf die Arbeitslosenversicherung“. Der Redner behandelte die wichtigsten Fragen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes in fast zweistündigem Vortrag in eingehender Weise. Fünf Kollegen im Schlußwort auf die Aussprache. Kollege Freitag ging im Schlußwort auf die Ausführungen der einzelnen Redner ein und erzielte den Beifall der Kollegen für seinen belehrenden Vortrag. (Am selben Tage erschien im „Korr.“ Nr. 90 ein Artikel unter der Überschrift „Sozialpolitik und bürgerliches Recht“, betitelt: Die Arbeitslosenversicherung in der Notverordnung vom 6. Oktober 1931, der ein näheres Eingehen in unsern Bericht erübrigt. D. Schrift.) Kollege Sahmann verlas eine Resolution, die Abklärung in allen Staaten betreffend. Diese wurde einstimmig angenommen. Ferner machte Kollege Sahmann schon jetzt auf die Neuverordnungen von Lehrlingen aufmerksam, die Kollegen ermahnen, ein wachsame Auge darauf zu richten, daß entsprechend der Gehaltszahl in diesem Kalenderjahr mit der Einstellung der Lehrlinge verfahren wird. Durch die große Arbeitslosigkeit werde in vielen Druckereien eine Einstellung von Lehrlingen gar nicht in Frage kommen, da die Stafel durch die jetzt beschäftigten Lehrlinge bereits erreicht ist. Nach Bekanntgabe einiger drücklicher Angelegenheiten machte Kollege Sahmann auf die Lohnverhandlungen aufmerksam. Die Gehaltsvertreter würden auch diesmal wieder ihre Pflicht in vollem Maße tun.

Hannover. In unrer sehr gut besuchten Berjamung am 4. Dezember berichtete nach Erzielung der lokalen Angelegenheiten unrer Gauvorsteher Pfingst über den Verlauf der Lohnverhandlungen. Er behandelte zunächst die an die erste Lohnbauwelle von den Unternehmern geknüpften Hoffnungen, die darauf hinausgingen, daß das Wirtschaftsleben durch Entspaltung an Löhnen neu belebt werde, womit bewiesen werden sollte, daß die Theorie der Gewerkschaften nicht richtig sei. Das Gegenteil sei aber eingetreten. Durch die Schwächung der inneren Kaufkraft sei das Heer der Arbeitslosen ganz erheblich vergrößert worden. Aus diesen Vorgängen haben die Unternehmer nicht gelernt, im Gegenteil greife man wiederum zum Lohnabbau, um damit die Existenzmöglichkeit der Arbeiter auf das unerträglichste Maß herabzudrücken. Daß bei einem solchen Beginnen die „Zeitschrift“ und unrer Prinzipale nicht fehlen dürften, wiesche sich von selbst. Deshalb war es auch nicht möglich, bei den Verhandlungen eine Basis zu finden, auf der eine Verständigung zustande kommen konnte. Redner legte eingehend dar, mit welcher Verstocktheit die Unternehmer unrer Argumente ignorierten und berichtigte dann über die vor der Schlichterammer geführten Verhandlungen, in denen unrer Vertreter noch einmal versuchten, wenigstens ein zumutbares Stillhaltenabkommen zu vereinbaren, um zunächst erst die von der Reichsregierung in Aussicht genommene Notverordnung abzuwarten. Auch dieses lehnten unrer Unternehmer ab. Die Schlichterammer vertagte den Schiedspruch auf den 28. November, damit der Vorliegende Gelegenheit befände, sich über die Pläne der Reichsregierung über den Lohnabbau zu informieren. Trotzdem habe der Spruch vom 28. November einen Lohnabbau in der Spitze um 3 M. gebracht, der von unrer Seite abgelehnt, von den Prinzipalen jedoch angenommen sei, die auch die Verbindlichkeitsklärung beantragten. Es habe den Anschein, daß der Reichsarbeitsminister den Schiedspruch nicht vor der Veröffentlichung der Notverordnung verbindlich erklären werde. Redner ging dann auf die Probleme ein, die eventuell nach den Pressemeldungen von der neuen Notverordnung berührt werden würden, ganz besonders auf die von den Scharfmachern in allen Lagern geforderte Auflockerung der Tarife, die geeignet sei, die menschenwürdige Existenz eines jeden Erwerbsfähigen zu bedrohen. Angesichts all der Gefahren, die der Arbeiterklasse infolge der verworrenen wirtschaftlichen und politischen Situation drohen, sei es Pflicht, einzig und geschlossen zusammenzutreten und der Führung unrer Verbandes das volle Vertrauen entgegenzubringen. In der schicksalhaften Aussprache wurde das Verhalten der Prinzipale und der Kurs der Reichsregierung einer vernünftigen Kritik unterzogen und betont, daß es hohe Zeit sei, auch der bisher von der Arbeiterklasse tolerierten Regierung Bränning die Zähne zu zeigen, da diese es bisher meißterhaft verstanden habe, die Hauptlasten auf die Arbeiterklasse abzuwälzen, so daß auch von der in Aussicht stehenden Notverordnung zu erwarten sei, daß sie die Arbeiterklasse wiederum mit Zwangslohnabbau usw. beglücke, während auf der andern Seite es wohl wieder nur bei Empfehlungen, die doch nicht befolgt würden, bleiben werde. Eine Tolerierung dieser Regierung durch die Gewerkschaften sei dann nicht mehr möglich.

Kaiserslautern. (M a s c h i n e n s e h e r.) Am 15. November fand hier eine gemeinsame Wanderversammlung der Bezirke Kaiserslautern und Neustadt-Landau statt. Die Veranstaltung war gut besucht und nahm einen geordneten Verlauf. Nach kurzer Begrüßung durch den Vorsitzenden machte Kollege Stutenbäumer unter „Geschäftlichem“ einige interessante Mitteilungen. Er kam dabei auch auf die Lohnverhandlungen zu sprechen und ermahnte die Kollegen zur Gefäßlosigkeit. Der Kassendeband wies einen Betrag von 1113 M. auf, bei einem Mitgliederstand von 491. Nach einer Neuaufnahme wurden die Situationsberichte der beiden Bezirke entgegengenommen, die wenig Erreuliches brachten. Versuche auf Abbau der Leistungszulagen, Kurzarbeit, Entlassungen und Entlassungen durch Kontrolle sind tägliche Erscheinungen. Teilweise Abbau ist fast überall gescheitert. Aber das „Problem des photographischen Segens“ hielt dann Kollege Stutenbäumer einen Vortrag. Er schilderte an

* Es taucht nunmehr die Frage auf, wie sind diese sinnlosen Verhältnisse entstanden und wo steckt die Ursache der heutigen Wirtschaftskrise. Außer einer großen Zahl zeit-

Gand von Aufzeichnungen und Photographien den Verber- gung und die photographische Sachverhaltung auf der „Aber- tpe“. Der Vortrag fand große Aufmerksamkeit, was die anstehende Aussprache bewies. Nach einer kurzen Aus- sprache unter „Verstehenem“ fand die Versammlung ihren Abschluß.

P. i. E. Köln. Zu einem einträchtigen Abend und zu einem einmütigen Beschlusse, dem Lohnraub ein Baroli zu bieten, gestaltete sich unsere sehr gut besuchte Be- g e r s v e r s a m m l u n g am 4. Dezember. Mit Verespörungen der Regierung, die Preise, insbesondere die gebundenen, entsprechend dem Realeinkommen der Arbeiter zu senken, sind wir genug gefittet und gestört worden. Daß bei Fortgang dieser Methoden, Lohndruck am laufenden Band, der Arbeitsfrieden aufrechterhalten werden kann, ist nicht zu erwarten. Immer offensichtlicher schäft sich das Bestreben der Reichsregierung heraus, den materiell schwächsten Teil des Volkes, die Arbeiterschaft, zitronenmäßig auszuquetschen bei größter Schonung des Besten. Die Suppe der Fehlleitungen und Verpfehlungen der „Wirtschafts- fñhrer“ sollen die Proleten ausfüllen. Vorstñhender Jansen machte, nachdem er zwei seit der letzten Ver- sammlung verbordener Kollegen sowie unfres Hauptver- walters Robert Glaser und des Gauvorsitzers Karl Sand- fort ehrend gedacht hatte, auf den Ernst der Lage aufmerk- sam. Kollege L o s t h e n e r gab von den Lohnverhandlungen einen gut informierenden Bericht mit interessanten Schlag- wörtern von dem Machtwort unserer Prinzipale. Beson- ders fiel die Absicht der Prinzipalunterhñndel auf, uns Zerst- reter gegen die Kollegen auszuspielen. Das ist uns- er System. Jedem wurden die scharfen Gegenstände klar, da auch unsere Unternehmer einen Weg aus der Krise nur durch Hungerlöhne zeigen konnten. In der Aussprache kam einmütig zum Ausdruck, daß es genug sei mit der Lohnpolitik unserer Prinzipale und man zur Auseinandersetzung zwischen Reaktion und Arbeiterschaft rufen müsse, der man doch nicht aus dem Wege gehen könne. Angriffe wurden auch gegen die Zolerierungspolitik der SPD. gerichtet. Ein junger „Auch“-Gewerkschaftler brachte es fertig, wahr- scheinlich auf Gehelz, in dieser Situation unangefochte und unsere Vertreter beleidigende Tiraden loszulassen. In seinem Schlusswort unterjuchte Kollege L o s t h e n e r u. a. die Zolerierungspolitik der SPD. und ihre Auswirkungen und stellte fest, daß die SPD. lediglich bis jetzt die Regie- rung Brining gelit habe, um größeres und unabsehbare Unheil für die Arbeiterschaft zu verhindern. In einer ein- stimmig angenommenen Entschließung, gerichtet an Ver- bandsvorstand und Reichsarbeitsminister, kam u. a. der Wille der Rdner Kollegen zum Ausdruck, bei Wahr- nehmung dieses Lohnraubes die Hände nicht in den Schoß zu legen. Auch in diesem Jahr wird den arbeitslosen und inaktiven Kollegen sowie den Witwen der in den letzten fünf Jahren verstorbenen Kollegen aus der Ortsliste eine Weihnachtsgabe überreicht. Zeugnisslisten unterhñnden in anerkannter Weise diesen Solidaritätsakt. — In der Erkenntnis, daß es mit der vornehmlich Pflicht und Aufgabe jeder Organisationsleitung ist, die Bande mit den arbeitslosen Kollegen zu festigen und mit ihnen Kon- takt zu behalten, eventuelle Wünsche zu hören und die Gehelz- und Denkwert kennenzulernen, berief der Vor- stand eine E r w e r b s l o s e n v e r s a m m l u n g ein. Vorstñhender Jansen erwähnte in seinen Begrüßungs- worten die unbedingte Notwendigkeit der Fühlunghaltung der Arbeitslosen, besonders der Ausgetretenen, mit der Organisation, die stets bereit sein werde, alles im Inter- esse der arbeitslosen Kollegen Liegende und Erreichbare zu fördern und zu unterstützen. Alle von den Zwangs- läufigkeiten und Zweckmäßigkeiten des Tages zu über- zeugen, ist ebenso unmöglich, wie alle noch arbeitenden Kollegen zu belehren, daß uns alle heute mehr denn je eine Schicksalsgemeinschaft verbindet. Kollege L o s t h e n e r referierte über das Thema: „Verlässige Lage und Arbeits- losenproblem“. Mit seinen interessanten Ausführungen sorgte er für die geistige Unterhaltung, während als Er- gänzung auch für die notwendige Klärung der Arbeitslosen- gefahrt war. Die Versammlung nahm, sieht man von einigen gart politisch zugespitzten Sprichen ab, die darauf abzielten, scheinbar Gehelz der rüchläufigen Arbeiter- bewegung zu treffen, einen zufriedenstellenden Verlauf und dürfte das Vertrauen zueinander gefittet haben.

Königsberg. In unserer sehr gut besuchten Ver- sam- lung am 4. Dezember widmete Vorstñhender H u b e dem so plötzlich verstorbenen Hauptverwalter, Kollegen Robert Glaser, ehrende Worte. Dann stellte er zwei Jungbuch- drucker als neue Gehelzen vor und machte Mitteilung, daß drei Kollegen wegen dauernden Keitens gestrichen werden mußten; hier werden diese Kollegen ihr Ver- halten einst bereuen. Daß Solidarität bei den Buch- druckern eine Frage ist, konnte der Vorstñhender an folgen- dem Beispiel trefflich beweisen. Für die Berufssopfer der kapitalistischen Wirtschaftskrise haben die noch arbeitenden Kollegen des Ortsvereins trotz Lohnabbaues und Kurz- arbeit im laufenden Geschäftsjahr über 20.000 M. ausge- bracht. Aber die letzten Lohnabbauperhandlungen be- richtete Gauvorsitzer K e i s n e r ausführlich, und man konnte feststellen, daß unsere Prinzipale in ihren Wünschen auf Lohnabbau bestimmt nicht beiseiden sind. Sie wollen schon jetzt einen bedeutenden Fortschritt auf den demnächst folgenden generellen Lohnabbau haben. Die äußerst leb- hafte Debatte brachte eine scharfe Kritik des Verhaltens der Prinzipale und der heutigen Verhandlungsart; unsere Unterhñndel sollten die Herren der Gegenseite das nächste Mal unter sich lassen. Einer vom Bezirk Königsberg über- mittelten Kundgebung wurde zugestimmt und die recht klitzige Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Mannheim. Eine zahlreich besuchte außerordent- liche Be- g e r s v e r s a m m l u n g beschäftigte sich mit dem erneuten Lohnraub, den unsere Unternehmer vor- nehmen wollen. Die Ausführungen zeigten, daß unsere Mitglieder durchaus nicht gewillt sind, eine weitere Ver- schlechterung ihrer Lebenshaltung willenlos hinzunehmen. Nach einigen einleitenden Ausführungen des Vorstñhenden, die auf den bisherigen Verlauf der Lohnverhandlungen Bezug nahmen, schilderte uns Gauvorsitzer C o n r a d i die nun vorhandene Situation. Nachdem die Verbindlich- keitserklärung des Schiedspruchs, die sofort von Unter- nehmerseite beantragt worden war, bis zur Stunde noch

nicht erfolgt sei, ergeben sich neue Momente insofern, als die Regierung eine Notverordnung vorbereitet, die bezüg- lich der Senkung der Löhne und Gehälter auf diesem Ge- biet alles Bisherige in den Schatten zu stellen scheint. In Berücksichtigung unserer Arbeitslosen sei von unsern Ver- tretern mit aller Zähigkeit dargetan worden, daß aus staatspolitischen, wirtschaftlichen und menschlichen Gründen die Einführung der Biergüldenwoche mit Lohnab- gleich und Einstellungsstopp notwendig wäre. Jedes Ein- gehen auf diese brennende Frage scheiterte an dem Starr- sinnen der Unternehmer. Die Ausführungen klangen dahin aus, daß es nicht mehr Sache einer einzelnen Organisation sei, sich gegen diese teuflischen Pläne zu wehren, sondern die Gesamtarbeiterschaft aufgerufen werden müßte, um dagegen Stellung zu nehmen; dazu ist mehr denn je eine einig, geschlossene Arbeiterschaft vonnöten. In der nun folgenden Diskussion, an der sich zahlreiche Kollegen be- teiligten, kam die Erörterung über das kapitalistische Wirtschaftssystem, das alle Lasten der Arbeiterschaft auf- häuft, zum Ausdruck, und nur dem Umstand, daß der Schiedspruch, der von uns abgelehnt ist, noch nicht für verbindlich erklärt ist, ist es zuzuschreiben, daß die Ver- sammlung von sofortiger Ergreifung von direkten Maß- nahmen Abstand nahm. Mit großer Mehrheit gelangte folgende Entschließung zur Annahme: „Die außerordent- liche Bezirksversammlung der Mannheimer Buchdrucker ist nach Anhörung eines sachlich-tiefgründigen Berichts des Kollegen Conradi über die Entwicklung der Lohnabbau- bewegung und des rüchlässigen Willens der Unternehmer im Buchdruckgewerbe, wie überhaupt in Staat und Wirt- schaft, den Lebensraum der Arbeiterschaft unerhört weiter herabzudrücken, der Auffassung, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, mit allen gewerkschaftlichen Mitteln in den schärfsten, rüchlässigsten Abwehrkampf zu treten. Wir Buchdrucker müssen wieder die Pioniere der Arbeiterschaft sein, die bisherige Politik des Nachgebens verlassen und uns unser Lebensrecht zu kämpfen. In diesem Sinne ver- langen wir vom Verbandsvorstand, alle Kampf vorbereitungen zu treffen.“ Eine weiter eingelaufene Entschließung, die zu direkten Kampfmaßnahmen auffordert, Betriebs- streikleitungen zu bilden, die aus sich die zentrale Streik- leitung ernennen soll, wozu auch die wegen ihrer Zuge- hörigkeit zur A.D.G. Ausgeschlossenen zugezogen werden sollen, verfiel der Ablehnung.

Wiesbaden. Unsere gut besuchte Ver- sam- lung am 15. November eröffnete Kollege S c h ä f e r mit verhö- renen geschäftlichen Mitteilungen. Sodann erfolgte eine Aufnahme. Das Verhalten des Betriebsrats einer größeren Druckerei, der Entlassungen (süß Kollegen) seine Zustimmung gab, bevor zur Arbeit in dem Betrieb ein- gefittet war, wurde allgemein mißbilligt und verlangt, daß er nun für Kurzarbeit statt für Entlassungen eintreten solle. Der Raissenbericht vom dritten Quartal wurde vom Kassierer gegeben und ihm Entlastung erteilt. Kollege M o o z, der als Delegierter des Ortsausschusses des A.D.G.B. an der Gewerkschaftstagung in Frankfurt teil- nahm, berichtete über deren Verlauf. Seine interessanten Ausführungen gaben ein Bild von der Wirtschaftslage im allgemeinen und von der Lage der Arbeiterschaft und der Stellung des A.D.G.B. hierzu. Die Ausführungen lösten eine rege Diskussion aus. Kollege S c h ä f e r erörtere nunmehr die Lage auf dem Wohngebiet. Auch hier setzte eine rege Diskussion ein, und es kam zum Ausdruck, daß die Arbeit- schaft sich keine weiteren Verschlechterungen bieten lassen dürfe und es Zeit sei, aktiv zu werden. Es wurde be- schlossen, ein Telegramm an den Verbandsvorstand zu senden, in dem er aufgefordert wird, die schärfsten Kampf- mittel gegen den Lohnraub in Anwendung zu bringen. — Am 2. Dezember fand eine Ver- sam- lung statt, die zum Ergebnis der Lohnverhandlungen Stellung nahm. Unter „Geschäftlichem“ wurde zunächst ehrend eines ver- storbenen Kollegen gedacht. Kollege S c h ä f e r ließ sodann den Verlauf der Lohnabbauaktion Revue passieren. Es setzte eine rege Aussprache ein, die von 16 Kollegen be- stritten wurde. Folgende Resolution, die von der sehr gut besuchten Versammlung einstimmig angenommen wurde, faßte die Ausführungen zusammen: „Die heutige, voll- zählig besuchte Versammlung des Ortsvereins Wiesbaden (W. d. B. D.) erucht den Verbandsvorstand, gemeinsam mit dem A.D.G.B. dahin zu wirken, daß endlich Gehelz ge- macht wird mit Protesten gegen den Lohnraub bzw. den Lohnabbau. Die gesamte gewerkschaftliche Masse muß von ihren beruflichen gewerkschaftlichen und politischen Führern zum aktiven Abwehrkampf aufgerufen und gefittet werden, eventuell mit Einschluß der Arbeiter- parteien. Wir wollen nicht weiter ins Elend schlittern mit Vertreibungen, sondern zum Angriff und Kampf schreiten, wenn er unvermeidbar ist. Zeit ist es noch jetzt, das wird es vielleicht zu spät sein. Wir erwarten nur noch Taten, insbesondere auch für die Arbeitslosen.“ Eine Resolution zur internationalen Abrüstungskonferenz im Februar kam ebenfalls zur einstimmigen Annahme. Kollege S c h ä f e r machte noch aufmerksam auf die Sammelkisten für die Ar- beitslosen (Weihnachtsgabe) und schloß die Versammlung mit dem Hinweis, daß in der nächsten Woche wahrschein- lich eine weitere Versammlung im Anschluß an die Be- zirksvorsitzerkonferenz stattfindet.

Zeit. In unserer Ver- sam- lung am 5. Dezember wurde Stellung genommen zu dem Lohnabbauverlangen der Prinzipale und dem Schiedspruch vom 28. November. Es war begreiflich, daß dabei die Gesamtsituation der Lohnarbeiterschaft in Deutschland mit beleuchtet wurde. Die Meinung der hiesigen Mitgliedschaft wurde selbste- halten in folgender einstimmig angenommener Ent- schließung: „Die Mitglieder des Ortsvereins Zeit billigen das Verhalten der Vertreter des Verbandes der Deutschen Buchdrucker bei den Lohnverhandlungen. Mit Recht wurde der Schiedspruch vom 28. November abgelehnt. Die Lohn- abbauverordnungen der Unternehmer im Buchdruckgewerbe entsprechen den gegenwärtigen Tendenzen des gesamten deutschen Unternehmertums. Dem einem Lohnraub gleich- kommenden fortgesetzten Lohnabbau müssen die Organe des Staates durchgreifende Eingriffe in die kapitalistische Wirtschaft und Preisgestaltung zugunsten des gesamten Volkes entgegenstellen. Auch entsprechende Maßnahmen zur Einziehung der Arbeitslosen in den Produktions- prozess werden von Tag zu Tag dringlicher. Bisher hat man seitens der Regierung vom Preisabbau nur ge-

sprochen, während der Lohnabbau erfolgte. Das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse erfordert gebieterisch, daß end- lich Gehelz gemacht wird mit der einseitigen Schwächung aller Krisenlagen auf die arbeitende Bevölkerung, wäh- rend das Unternehmertum nach wie vor nur auf seinen Profit bedacht ist. Bei weiterer Verfestigung der Reichsregie- rung hinsichtlich der Interessen der breiten Volksmassen hat der A.D.G.B. seine Stellung gegenüber der Regierung Brining genaueltens zu prüfen und entsprechend zu handeln. Letzten Endes müssen die Interessen der Arbeiter- klasse dem A.D.G.B. wichtiger sein als die einer Regierung, die einseitig Unternehmerinteressen bevorzugt. Der Ver- treter des Verbandes der Deutschen Buchdrucker im Bundesausschuß des A.D.G.B. wird um Beachtung dieser Entschließung erucht.“

Allgemeine Rundschau

Meisterprüfung. Vor der Meisterprüfungskommission in Rosenheim legte Kollege Karl Neuburger aus Wasserburg a. N. die Meisterprüfung mit sehr gutem Er- folg ab. — Vor der Meisterprüfungskommission der Hand- werkammer Berlin bestand der Abteilungsleiter Kollege G e r h a r d R e p e r t (Berlin-Baumhuldenweg) die Meisterprüfung.

Zur Arbeitsmarktlage im Buchdruckgewerbe. Die Ar- beitslosenzählung in unserm Verband im Monat No- v e m b e r erstreckte sich auf 204 Berichtstellen. 26 von diesen mit 4495 Mitgliedern (andern Bericht an den Verbandsvorstand ein. Die Mitgliederzahl betrug 90.200 (ohne Saargebiet und Freistaat Danzig). An Arbeitslosen wurden gezählt 27.190 (gegen 27.376 im Oktober). Ver- loren arbeiteten 13.939 (gegen 14.597 im Oktober), und zwar bis zu 8 Stunden 9776, 9 bis 16 Stunden 2558, 17 bis 24 Stunden 1174, 25 und mehr Stunden 432 Mitglieder.

Schwerer Einbruch im Berliner Gaubüro. In der Nacht vom 11. zum 12. Dezember hatte es eine verwegene Eindringlinge auf die Geldkassette des Berliner Gau- vereins im Gewerkschaftshaus abgesehen. Als am Freitag- abend um 11 Uhr der Berliner Gauvorstand im Sitzungszimmer seine Vorbereitungen schloß, war noch alles in bester Ordnung. Am Sonnabend, früh um 3 1/2 Uhr, fanden die Reinemachefrauen fast sämtliche Türen des Gaubüros geöffnet, und stellten in den Verwaltungs- und Raufen- räumen die größte Unordnung fest. Gleich der erste Be- fund nach Klärung der Polizei ergab, daß hier eine ganze Kolonne von Geldhulden auf dem Werke ge- wesen war. Die Türen nach der Straßen- wie nach der Hof- seite waren fast sämtlich geöffnet, und zur weiteren Sicher- heit hatte die Bande im Sekretärzimmer eine Strickleiter zuzugelassen, die sie bei der Flucht benutzte hatte. In den Verwaltungszimmern waren Spinde und Schubfächer auf- gerissen und nach Geld durchwühlt, aber nur in einem Schubfächer erbeuteten sie einen Betrag von 2 bis 3 M. Aus einem andern Schubfach nahmen sie einen Karton Zigaretten und eine Schachtel mit 40 Gildesof-Wertmarken mit. An einem feuerfesten Schrank hatte die Bande nach Entfernung des Schließes die Arbeit aufgegeben. Im Rauffraum sind die beiden großen Geldkassette verfehrt geblieben. Ein dritter Geldschrank ist aber kunstgerecht aufgeknackt worden, hier erbeuteten sie rund 895 M. und durchwühlten die Quittungen. Anstehend sind sie durch die Reinemachefrauen gefittet worden. In den Jakkets der Angefallten haben sie jedenfalls die Schlüssel für die Geld- schränke gesucht und aus einer Tasche 20 Pf. mitgenommen. Die Bande muß mit den Ortshelzen augenblicklich gut vertraut gewesen sein, das beweist ihr Vorgehen und ihre Lokalkenntnis. Von der Waldberstraße aus hatte die Ge- sellschaft eine Mauer überklettert und sich über einen völlig abgesehenen Hof Eingang in die Kelleräume verschafft. Durch mehrere Kellergänge brangen sie in den Unterbe- raum der Reinemachefrauen, wo sie die Schlüssel für die Flurräume entwendeten. Mit diesen Schlüsseln sowie mit Nachschlüsseln und Dietrichen verschafften sich die Eindring- linge mühelos Einlaß, und wo die Türen durch Patentschloß gesichert waren, trat das Stemmen in Aktion. Wie hier- für diese Verbrechen in ihrer bestimmt über eine Stunde währenden Arbeit gefittet hatten, geht u. a. daraus hervor, daß sie die abgesehenen Schlüssel des Geld- schrankenschloß mit allen Schrauben und die einzelnen Schlüssel sorgfittig auf den Tischen ausgebreitet hatten. Ein Schlüsselbund, das ihnen Einlaß verschaffte, haben sie mitgenommen. Bisher fehlt von der Bande jede Spur; von der Kriminalpolizei und vom Erzenungsdiens sind die notwendigen Nachforschungen eingeleitet worden.

Tödlig verunglückt. Der Buchdruckereibesitzer und Zeitungsverleger Leonhardt aus Firlenberg a. d. O., Mit- glied der Staatspartei und preußischer Landtagsabgeord- neter, stürzte auf bisher unaufgeklärte Weise in der Nacht zum 11. Dezember auf der Fahrt von Schneidemühl nach Berlin aus dem Dr.-Zug. Man fand seinen Leichnam zwischen Stolberg und Biehl in einem Wassergraben längs der Bahntrasse.

Senkung der Blätterpreise. Der Gesamtverband des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig hat sich, wie wir der „Neuen Leipziger Zeitung“ entnehmen, mit der neuen Notverordnung beschäftigt. Das Reichswirt- schaftsministerium hat auf Nachfrage festgestellt, daß Gegen- stände; des Buchhandels unter die vierte Notverordnung des Reichspräsidenten vom 8. Dezember 1931 über die An- passung gebundener Preise an die veränderte Wirtschaftslage fallen. Daraufhin hat der Gesamtverband des Börsen- vereins festgehelt, daß Blätter, Musikalien und sonstige Er- zeugnisse des Buchhandels, die vor dem 1. Juli 1931 in Deutschland erschienen sind, von reichsdeutschen Verlegern bis zum 1. Januar 1932 um mindestens 10 Proz. gegenüber dem Stand vom 30. Juni 1931 gekent werden müssen. Bis zum 31. Dezember 1931 gelten die zur Zeit bestehenden Ladenpreise, soweit nicht von seiten des Verlages schon jetzt eine Preisherabsetzung vorgenommen wird.

Mitarbeit an der Preisentlastungsaktion. Vom Reichs- kom- missar für Preisüberwachung wurde der Presse folgendes mitgeteilt: Beim Reichskommissar für Preisüberwachung gehen zahllose Anzeigen aus dem Publikum ein. Beson- ders erfreulich ist, daß sich hervorragende Persönlich- keiten der Wirtschaft und Wissenschaft in unabhängiger Stellung zur ehrenamtlichen Mitarbeit zur Verfügung

stellen. Man ersieht hieraus das große Interesse, das die ganze Frage einer gerechten Preisgestaltung sowohl in der breitesten Öffentlichkeit wie bei unabhängigen wirtschaftlich unterrichteten Persönlichkeiten erweckt.

Gewerkschaften und Notverordnung. Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände einseitiglich der Beamtensorganisationen haben nach einer Beschneidung der Löhne, wie sie sich für die Gewerkschaften aus der vierten Notverordnung ergibt, beschlossen, nochmals gemeinsam beim Reichsminister und beim Reichsarbeitsminister vorstellig zu werden, um ihre Auffassung darzulegen über die Auswirkungen der Notverordnung. Man will unter allen Umständen Sicherheit dafür, daß das Tempo des Preisabwärtens gleichen Schritt hält mit der Durchführung des Gehalts- und Lohnabwärtens. Dem Reichsminister und dem Reichskommissar sollen Vorschläge unterbreitet werden, die auf eine dezentralisierte Überwachung der Preisentwicklung abzielen. Zu diesem Zweck wird die Bildung von Ortsausschüssen angeregt, die alle Beschwerden der Konsumenten prüfen und an die örtlichen Behörden weiterleiten sollen, die dem Reichskommissar für seine Preisentzugsmaßnahmen zur Verfügung gestellt werden. Die Beschneidung mit dem Reichsarbeitsminister ist bereits am 12. Dezember erfolgt. Dabei wurde den Gewerkschaften mitgeteilt, daß sich die Reichsregierung ganz eindeutig den Standpunkt zu eigen gemacht hat, daß im allgemeinen weitere Lohn- und Gehaltsenkungen über das Maß hinaus, das die Notverordnung umfassen hat, nicht mehr diskutabel sind. In einer am Tage zuvor im Reichsarbeitsministerium abgehaltenen Konferenz der Mitglieder hat die Reichsregierung zum Ausdruck gebracht, daß weitergehenden Lohnsenkungsforderungen der Unternehmer entgegengetreten werden muß. Der Tiefstand der Gehalts- und Lohnsenkung sei nach Auffassung des Reichsarbeitsministers und des Kabinetts jetzt erreicht. Eine reichlich spät kommende Erkenntnis! Der Empfang der Gewerkschaften beim Reichsminister soll am Montagnachmittag (14. Dezember) erfolgen.

Distinktion über eine einseitige Gewerkschaftsfront. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung ist bekanntlich in drei Heerhaufen gespalten, die nebeneinander hermarschieren und trotz des Getreunneins einseitige Weisungslinien aufweisen. Die stärkste Gruppe schart sich um den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und den IFA-Bund, wogegen noch der Allgemeine Deutsche Beamtendbund tritt. Die zweite gescheitene Gruppe wird gebildet von den Hilfs- und sonstigen Gewerkschaften und den über den Gewerkschaftsring angegliederten Angestelltenverbänden. Der dritte Heerhaufen umschließt die christlichen Gewerkschaften mit den ihnen nachstehenden Angestellten- und Beamtensverbänden. Zwischen den Gewerkschaften der verschiedenen Richtungen hat es seit ihrem Bestehen Meinungsverschiedenheiten und teilweise nicht unbedeutende Kämpfe gegeben. Durch die Errichtung des demokratischen Volksstaates ist auch die Zusammenarbeit der Gewerkschaftsverbände eine andre geworden. Sie waren teilweise aus politischen und aus wirtschaftlichen Gründen und vor allem auf der Basis des Tarifwesens und der Sozialgesetzgebung gezwungen, gemeinsame Arbeit zu leisten. Die gegenwärtige Krise hat ein anderes, um die Gegensätze zwischen den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen zu mildern. Die gemeinsamen Willensverbindungen der Gewerkschaften der letzten Zeit sind dafür der beste Beweis. Um nun die Kampffront der Gewerkschaften für alle Fälle so breit wie möglich zu gestalten, nicht zuletzt für den Fall eines faschistischen Regimes, ist es in der Gewerkschaftspresse zu einer Diskussion darüber gekommen, ob nicht im Hinblick auf die gegenwärtige Notzeit alle kleinlichen Bedenken der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen zurückzustellen sind, um die Stohkraft der organisierten Arbeiterschaft zu verstärken. Diese Ausdrucks hat den Vorsitzenden des ADGB, Theodor Leipart, veranlaßt, in Nr. 40 der „Gewerkschaftszeitung“ zur Frage der Gewerkschaftseinheit Stellung zu nehmen. Er knüpft dabei an drei Fragen an, die der „Regulator“ (die Wochenzeitschrift des Gewerkschafts deutscher Metallarbeiter) gestellt hatte. Die erste dieser Fragen erörterte die Zugehörigkeit der Gewerkschaftsmitglieder zu den politischen Parteien und betonte das Recht zur Meinungsfreiheit in politischen Angelegenheiten. Leipart stellt die Unabhängigkeit der heutigen Gewerkschaften von den politischen Parteien fest. „Je weiter sich die Gewerkschaften entwickeln, je weiter ihre Orientierung über sich selbst, über ihre Eigenart und ihre Aufgabe fortschritt, je reiner sie ihren Zweck herausbilden, je vollkommener sie ihn erfüllen und je Methoden ihrer Lebensart gemäß und ganz aus eigenem Vermögen gestalten — um so näher rücken sie dem Augenblick, in dem sie die Umklammerung

durch parteipolitische Einflüsse abstreifen und ihr Recht auf volle Unabhängigkeit von allen politischen Parteien durchsetzen konnten.“ Das Recht der Meinungsfreiheit in politischen Dingen innerhalb der Gewerkschaften kenne keine Einschränkung mehr. Deshalb sieht Leipart in der politischen Meinungsverschiedenheit, sofern sie sich positiv zum demokratischen Staat verhält, keinen Grund mehr zur Trennung. Die zweite Frage des „Regulator“ galt der religiösen Glaubensfreiheit. Leipart antwortet hierauf, daß die religiöse Glaubensfreiheit jedes Mitgliedes gegen jeden Zweifel sichergestellt sein muß. Es bestände kein Grund, „innerhalb der Gewerkschaften zwischen uns und den anderen Arbeitsskollegen wegen ihres Glaubens einen Trennungsschritt zu ziehen.“ Wenn jedoch die Kirche ihre Auffassung über Fragen und Tug, die das Interesse der Arbeiterschaft betreffen, und einseitig Partei ergreife, so müsse sie als Partei gewertet werden. Sehr zutreffend betont Leipart, daß Religion und Parteizugehörigkeit im gewerkschaftlichen Leben darum eine gewisse Rolle spielen, „weil sie infolge der Konkurrenz der Richtungen bei der Agitation als Argumente gegeneinander ins Feld geführt wurden.“ Schließlich wurde in der dritten Frage des Organs des Gewerkschafts der Metallarbeiter die Notwendigkeit vertreten, daß ein entscheidender Kampf für eine Steigerung der Lebenshaltung der Arbeiter, für gesteigerte Anteilnahme an den Gütern der Kultur und Zivilisation geführt wird. Die Gewerkschaft müsse dem Staat, der Nation, der Republik und der Demokratie dienen. Die Antwort Leiparts hier ist, wie es nicht anders sein konnte, durchaus zustimmend. „Durch die Errichtung des kollektiven Arbeitsrechtes verließen die Gewerkschaften dem sozialen Inhalt der neuen Rechtsordnung einen der Höhe der Gewerkschaftsbewegung gemäßen Weisung — und vor den Schranken des Arbeitsrechtes unserer Tage sind wiederum alle Gewerkschaften gleich. Die Stellung der Gewerkschaften zum gegenwärtigen Staat ist durchaus positiv.“ Durch einen Zusammenstoß der Gewerkschaften würde auf das deutsche Parteiwesen sehr bedeutend eingewirkt werden. Ja, es würde sich ergeben, „daß eine Vereinigung der Gewerkschaften völlig neue Perspektiven für die Befestigung des republikanischen Staatswesens durch die Bildung eines umfassenden gesellschaftlichen und politischen Machtblocks darböte.“ Leipart kommt zu dem Schluß, daß das Gemeinwohl der drei Gewerkschaftsrichtungen weitans das Trennende überwiegt. Eine einseitige Gewerkschaftsbewegung ist die Schicksalsfrage des arbeitenden Volkes.

Abkündigung der Altersversicherung in der Schweiz. Nach mehr als zehnjährigen parlamentarischen Verhandlungen über die Einführung der obligatorischen Alters- und Hinterbliebenenversicherung in der Schweiz gelangte das in Aussicht genommene Gesetz am 6. Dezember zur Volksabstimmung. Es wurde mit 510 695 gegen 338 838 Stimmen abgelehnt. Während sich die Regierungsparteien und die Gewerkschaften selbst für die Vorlage einsetzten, wurde sie durch die äußerste Rechte (konservative Kleinbürger und Kleinbauern) mit Unterstützung der Kommunisten zu Fall gebracht.

Versehene Eingänge

„Gewerkschaftsblatt“ Zeitschrift für künstlerische Kesseler. Offizieller Organ des Bundes Deutscher Kesselermeister und des Reichsverbandes Deutscher Metallarbeiter. e. V. 8. Jahrgang. 1931. Herausgeber Professor Dr. K. Frenzel. Eine ganz hervorragende Fachzeitschrift, die internationalen Ruf geniest und in der Schrift- und Kesselerwelt in vielfach vorbildlicher Weise verwertet wird. Wöchentl. Illustrationsdruck und Verlag G. m. b. H. Berlin SW 68. „Einzelnummern“ und „Ein Nummer“. Zwei Romane aus dem Bergmannsleben von Georg Werner, die sich auf die Gegenwart beziehen. Der Titel des ersten Buches ist „Inhalt in der Schrift- und Kesselerwelt“. Das zweite Buch ist als „Bergmannsleben“ für das niederschlesische Bergbauverder. Der Roman ist vor Jahren in vielen Arbeiterkreisen erschienen und ist in der heutigen Zeit der Not wieder aktuell geworden. Das vor zwei Jahren erschienene Buch „Ein Nummer“ scheint ebenfalls sehr beliebt zu werden. Es wird bereits in den folgenden Schulen als die beste Lektüre für die Bergbau- und Metallarbeiter verwendet. Das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht empfiehlt es jetzt als Lektüre für die landwärtlichen Vorbildungs- und Berufsschulen. Beide Bücher sind vom Verlag „Die Transformatoren“ Berlin, Zehlendorf, zu beziehen. „Ein Nummer“ kostet broschiert 1,20 M., gebunden 2,50 M., „Ein Nummer“ gebunden 2,50 M.

Gestorben

In Berlin am 20. Oktober der Druckermeister Emil Kellert aus Berlin, 68 Jahre alt — Schlaaganschlag; am 24. November der Drucker Hermann Barthelemy aus Berlin, 42 Jahre alt — Magenleiden; am gleichen Tage der Sebermeister Albert Kellert aus Berlin, 68 Jahre alt — Gehirnlähmung; am gleichen Tage der Sebermeister, 41 Jahre alt — Magenleiden; am 6. November der Sebermeister Ernst Adamowicz aus Berlin, 65 Jahre alt — Kopfgeschwulst; am 20. November der Korrektor Paul Kellert aus

Schwaberg, 27 Jahre alt — Magenleiden; am 21. November der Maschinenführer Franz Kellert aus Freudenau, 63 Jahre alt — Schlaganfall; am 24. November der Maschinenführer Paul Kellert aus Berlin, 60 Jahre alt — Magenleiden; am gleichen Tage der Sebermeister Paul Kellert aus Berlin, 61 Jahre alt — Herzkrankheit; am gleichen Tage der Sebermeister Emil Kellert aus Berlin, 41 Jahre alt — Herzkrankheit. In Bochum der Druckermeister Adolf Krause aus Erkrathen 1, 69 Jahre alt — Schlaganfall. In Breslau am 23. November der Sebermeister Hugo Kellert aus Berlin, 39 Jahre alt. In Darmstadt am 2. Dezember der Sebermeister Peter Kellert aus dort, 61 Jahre alt. In Hannover am 26. November der Oberdrucker Otto Kellert, 61 Jahre alt. In Heilbrunn-Bismarckpark am 24. November der Sebermeister Karl Kellert, 63 Jahre alt. In Jena am 17. November der Buchdruckereibesitzer Gustav Kellert, 66 Jahre alt. In Karlsruhe am 2. November der Sebermeister Friedrich Voigt aus Berlin, 39 Jahre alt. In Wuppertal der Sebermeister Gustav Kellert aus dort, 63 Jahre alt. In Weimern am 20. November der Drucker Gustav Kellert, 67 Jahre alt. In Weimern am 20. November der Buchdruckereibesitzer Wilhelm Kellert, 74 Jahre alt. In Weimern am 20. November der Drucker August Kellert aus Weimern, 20 Jahre alt — Hirnhautentzündung.

Briefkasten

G. K. T. in W. D.: Zur Beantwortung wäre leider eine nicht zu knappe Artikelserie erforderlich, die aber aus tatsächlichen Gründen wahrscheinlich ebenfalls nicht aufgenommen werden könnte. Demnach verbleibe ich bei dem hiermit ausgesprochenen Verständnis bei weiterer Überlegung. Dortige Arbeit erbringt wohl Mindernden des Mannstrichs, das wir gern bei den „Arten“ behalten möchten. — G. K. in R.: Jun. 843: 6:30 M. — S. 3. in R.: Jun. 851: 6:30 M.

Verbandsnachrichten

Verbandsbüro: Berlin SW 61, Dreißendstraße 5. Fernruf: Amt Bergmann 1191, 3141 bis 3145, Wankton: Amt der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Amt Berlin S 14, Wallstraße 65, Postfachkonto Berlin Nr. 1023 87 (B. Schmelbitz).

Abstimmungsveränderungen

Anschrift: Vorsitzender: Karl Semmler, Schaffbräustraße 17, II.

Reise- und Arbeitslosenunterstützung

Hauptverwaltung. Der Seber Emil Klinger hat sein Buch (Preisbuchnummer 113 201, ausgestellt vom Gau Schönlitz Nr. 7549) verloren. Dem Kollegen wurde ein neues Buch ausgesucht. Das alte Buch wird hiermit für untauglich erklärt und ist beim Borgeigen abzugeben und an den Hauptortstand in Berlin einzuliefern.

Anschrift: Das Blattikum wird ausbezahlt in der Druckerei „Inoffizieller Zeitung“, Am Stein, oder bei Kollegen Fritz Gieseler, Kühlenstraße 23. Neunkircher (Sax.). Die am 12. Dezember abgehaltene Versammlung des Ortsvereins Neunkircher sah sich wegen zu starker Jännerpräsenz ihrer Liste veranlaßt, das Ortsmitglied für die Durchführung der Angelegenheiten von 10 auf 6 und für den Verbandsbeitrag von 5 auf 3 M., ab 1. Januar 1932 herabzusetzen. Die Auszahlung erfolgt in der Wohnung des Kassierers G. Stoffel, Steinmühlstraße 117. Erler. Die Unterzeichnung und das Einverständnis für durchzuführende Kollegen werden durch den Stellvertreter, Kollegen W. Kellert, in der Zeit von 6 bis 6 Uhr im Büro, Zimmer 4, ausgesprochen. Die verschiedenen Meistertätigkeiten werden abgeben, die Durchföhrungen darauf aufmerklich zu machen.

Berichtungs-Kalender

Bielefeld. Korrespondenzversammlung am Sonntag, den 20. Dezember, vormittags 10 Uhr, im Restaurant „Zu Sittelmann, Gütersloher Straße. Dresden. Streifen 1931, 2. und 3. Jahrgang, am 10. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, bei Schmidt. — Vorstandsfolgen 6 1/2 Uhr.

Aus dem Inhalt der vorliegenden Nummer 100

(16. Dezember 1931) Kritik: Zur Situation — Gewerkschaftliche Aufgaben gegenüber der Wirtschaftskrise. Korrespondenz: Berlin. — Dresden. — Hannover. — Kaiserlautern (M. S.). — Wilm. — Königsberg. — Mannheim. — Wiesbaden. — Jett. Rundschau: Weltberührung. Zur Arbeitsmarktlage im Buchdruckerverber. Schwere Einbußen im Berliner Buchdruck. — Buchdruckverlag. — Senkung der Buchpreise. — Mitarbeit an der Preisentzugsaktion. — Gewerkschaften und Notverordnung. — Diskussion über eine einseitige Gewerkschaftsfront. — Abkündigung der Altersversicherung in der Schweiz. Reichsverbandes-Einführungen.

Anzeigenpreise: 15 Pf. die siebengefaltete Millimeterhöhe für Stellenangebote und -angebote sowie für Anzeigen folgender Art (d. h. Vereinen, Fortbildungs- und Todesanzeigen); 50 Pf. für Anzeigen geschäftlicher Art. Annahmefrist: Montag und Donnerstag früh für die jeweilig nächst erscheinende Nummer. Anzeigenaufgaben für den „Korrespondent“ möglicht nur durch Einzahlung auf das Postfachkonto Berlin NW Nr. 268 10

Neujahrskarten
mit Buchdruckerwappen
in Gold und 7 Farben mit Aufdruck von Glückwünschen, Namen und Wohnort 100 Stk., 4,50 M.; ohne Aufdruck 3 M.
Rud. Bechtold & Comp., Wiesbaden
Verlag, Buchdruckerei u. Lithographische Anstalt

Angelegene Messinglinienarbeit
Judy baldigt tätigen, erfahrenen [847]

Meister
der dem Personal mit Takt vorsteht und über große praktische Erfahrungen verfügt. Angebote unter L. P. 33 315 an „Rat“ Gosenstein & Vogler, Berlin.

Gewerkschaftsmitglied
denke daran Jeder Handlungsgeselle oder Bureauangestellte — männlich oder weiblich — gehört in den freigewerkschaftlichen Zentralverband der Angestellten

Freie Gedanken
4 M. und 3 M. (Porto 40 Pf.).
Verlag
Gesellschaftsverbandes d. D. G.,
Berlin SW 61, Dreißendstraße 5.

Das Berechnen
von Buchdrucker lernen
Sie schnell und sicher durch
Teilnahme am Fernkursus
für Buchdruckerberechnung.
Probekosten durch den
Bildungsverband der Deutschen
Buchdrucker, Berlin
SW 61, Dreißendstraße 5.

Schweizerdegen
sucht Stellung in Dresden oder
Umgebung. W. Erasmushy,
Weinböden, Kirchstraße 11.

Wenzintannen
Format- u. Amerlaghege
Winkelhaken
Maschinenbänder
Manuskripthalterfäden
Verlag des Bildungsverbandes
der D. G. B. m. b. H., Berlin SW 61

Freitag, den 11. Dezember
verkauft öffentlich und
unversteuert unter lieber
Kollege, der Maschinen-
seher [848]

Heinrich v. Sudow
im 63. Lebensjahre.
Wir verleben in dem
Dahlingsbäumen einen
schönen und ruhigen
Leben und wollen Mes-
schen, dessen Andenken
wir stets in Ehren halten
werden.
Die Maschinenseher
der Hülstein A. B., Berlin.

Schulz
Schriftschreiben
Ist auch heute noch für jeden
Buchdrucker wichtig; des-
halb sollte er es nicht ver-
säumen, anzuheben.
Bildungsverband der Deut-
schen Buchdrucker, Berlin SW 61,
Dreißendstraße 5, teilzunehmen.

Am Montag, dem 7. De-
zember, verkauft öffentlich
und unversteuert unter lie-
der Kollege [843]

Kurt Liedtke
aus Königsberg (Pr.), im
Alter von 37 Jahren.
Niel zu früh ist er von
uns gegangen. Wir nen-
den ihm stets ein ehrendes
Andenken denaken.
Maschinenseherverein
für Ostpreußen,
Elb Königsberg (Pr.).

Am 7. Dezember ver-
starb nach langer Krank-
heit unter lieber Kollege,
der Maschinenseher [849]

Kurt Liedtke
im 37. Lebensjahre.
Wir verleben in ihm
einen treuen und pflicht-
erfüllten Kollegen. Sein
Andenken werden wir stets
in Ehren halten.
G. v. d. Königsberg i. Pr.

Am 10. Dezember ver-
starb nach längerem Krank-
heits unter lieber Kollege,
der Seher [850]

Hermann Ziegeler
im 23. Lebensjahre.
Wir werden das An-
denken dieses Kollegen
in Ehren halten.
G. v. d. Naumburg a. d. E.

Für die bestliche Anteil-
nahme an dem schweren
Verlust, der uns betroffen
hat, bitten wir unsern
teufelhaftigen Dank aus-
gesprochen. [848]
Berlin
am 10. Dezember 1931.
Eilse Obbl, geb. Sträger,
Walter Obbl, als Sohn.

Am 5. Dezember ver-
starb nach längerem Krank-
heits unter lieber Kol-
lege, der Seher [851]

Karl Schübe
geboren am 8. August
1874 in Osterode (Harz),
ausgetreten in Oesen 1902.
Wir werden dem Ver-
storbenen ein ehrendes
Andenken bewahren.
Ortes- und Bezirksverein
Wiesbaden.